



Joshua Frey, Mitglied des Landtags von Baden-Württemberg
Gerhard Zickenheiner, Kreisrat im Kreistag Landkreis Lörrach

[Joshua Frey, MdL, Tumringer Str.199, 79539 Lörrach](mailto:josef.frey2@gruene.landtag-bw.de)

PRESSEMITTEILUNG



JOSHA FREY

Europapolitischer Sprecher
Mitglied im Sozialausschuss

Wahlkreisbüro
Tumringer Str. 199
79539 Lörrach
Telefon (07621) 7099090
Telefax (07621) 7099091
Mail: josef.frey2@gruene.landtag-bw.de

GERHARD ZICKENHEINER

Mitglied des Kreistages
Grabenstraße 16
79539 Lörrach
Tel. 07621 91402950
gerhard.zickenheiner@zickenheiner.com

Lörrach, den 11. Juli 2017

Landkreis Lörrach erhält mehr Mittel für öffentlichen Personennahverkehr

Joshua Frey MdL und Kreisrat Gerhard Zickenheiner (beide Grün): „Bus- und Bahnfahren im Landkreis Lörrach wird attraktiver.“

Der Landkreis Lörrach bekommt ab Januar 2018 mehr Gestaltungs- und Entscheidungsspielraum beim Ausbau des Öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV). Zusätzlich werden ab 2021 die Mittel landesweit hierfür schrittweise um 50 Millionen Euro angehoben, wovon auch der Landkreis Lörrach profitieren wird. Darüber informierten der Landtagsabgeordnete der Grünen aus Lörrach, Joshua Frey MdL. Grundlage dafür ist die vom Kabinett Ende Juni beschlossene ÖPNV-Finanzierungsreform.

„Die Bürgerinnen und Bürger im Landkreis Lörrach werden von dieser Reform profitieren. Denn die Kommunen sind verpflichtet, die Mittel vollständig für das ÖPNV-Angebot und für attraktivere Tickets einzusetzen“, sagte der Landtagsabgeordnete Joshua Frey. Konkret bedeute dies: günstigere Fahrkarten im Ausbildungsverkehr oder Verbesserungen bei Kinder- oder Sozialtickets sowie höheren Fahrkomfort durch WLAN. „Neue und attraktive ÖPNV-Angebote sind wichtig für die Menschen, denn sie ermöglichen Verbindungen und Bewegungen, die es für sie im öffentlichen Verkehr bisher nicht gab“, ist der grüne Kreisrat Gerhard Zickenheiner überzeugt. Daher begrüßte der Lörracher Kreisrat die ÖPNV-Offensive: „Die Finanzierungsreform ist eine gute Sache, denn es fließt mehr Geld ins System, das wir hier beim Ausbau des ÖPNV dringend brauchen werden. Nur mit einem sehr guten und zuverlässigen ÖPNV werden wir auf lange Sicht ein attraktiver und zukunftsfähiger Wirtschafts- und Wohnstandort bleiben.“

Mit der Reform würden Stadt- und Landkreise, die für den ÖPNV zuständig seien, zukünftig vom Land mehr Mittel und mehr Gestaltungsmöglichkeiten erhalten. „Mit einem Pakt für den Mittelstand im ÖPNV werde gemeinsam mit den Verkehrsunternehmen und den Kommunalen Landesverbänden sichergestellt, dass mittelständische Unternehmen, insbesondere die Busunternehmen, weiterhin gute Chancen im ÖPNV-Markt haben“, erklärte Josha Frey.

„Damit schaffen wir eine wesentliche Voraussetzung für einen starken und verlässlichen öffentlichen Nahverkehr im Land, der Baden-Württemberg zu einem Wegbereiter einer modernen und zukunftsorientierten Mobilität macht“, so Josha Frey.

Hintergrund:

Die ÖPNV-Offensive ist im Koalitionsvertrag 2016 festgehalten. Das Leitbild für die ÖPNV-Offensive ist ein landesweit flächendeckendes, verlässliches und stabiles Grundangebot im ÖPNV - nicht nur in den Ballungsräumen, sondern für das gesamte Land. Das heißt, künftig soll es mindestens im Stundentakt von frühmorgens bis spätabends Verbindungen für alle Ortschaften im Land geben. Das Land wird für seinen Zuständigkeitsbereich, den Nahverkehr auf der Schiene (SPNV), den im „Zielkonzept 2025“ verankerten Standard schrittweise umsetzen. Daneben fördert das Land in einem speziellen Förderprogramm sogenannte Regiobusse. Regiobuslinien dienen dazu, alle Mittel- und Unterzentren ohne Schienenanschluss mit schnellen Busverbindungen im Stundentakt-Standard von 5 – 24 Uhr gleichwertig zum SPNV anzubinden.

Für den Ausbau des übrigen ÖPNV mit Bussen und Straßenbahnen sind nach dem ÖPNV-Gesetz des Landes die Landkreise und die kreisfreien Städte zuständig. Um diese Aufgabe nachhaltig erfüllen und den ÖPNV-Ausbau entschlossen vorantreiben zu können, erhalten sie ab dem Jahr 2018 vom Land hierfür die nötigen Instrumente, nämlich die Verfügung über zusätzliche Finanzmittel, die bisher vom Land direkt an die Verkehrsunternehmen gingen.

Ab 1. Januar 2018 sollen die Mittel in Höhe von 200 Millionen Euro vom Land transparent über die zuständigen Landkreise in den ÖPNV fließen. Die Grundfinanzierung des ÖPNV wird dabei unabhängig vom demografischen Wandel und damit unabhängig von einem Rückgang der Schülerzahlen gesichert. Die Mittel werden ab dem Jahr 2021 schrittweise um 50 Millionen Euro angehoben. Ab dem Jahr 2023 stehen dann jährlich 250 Millionen Euro zur Verfügung, um dem wachsenden Bedarf für die ÖPNV-Offensive Rechnung zu tragen. Das Land und die kommunalen Landesverbände haben sich darauf geeinigt, hierzu jeweils die Hälfte der Aufstockung beizutragen.

Weitere Informationen unter:

<http://vm.baden-wuerttemberg.de/de/ministerium/presse/pressemitteilung/pid/oepnv-finanzierungsreform-bringt-besseren-oeffentlichen-personennahverkehr-fuer-alle/>